

## #ABimLandtag

Für Lüneburg, Ostheide und Adendorf

Plenumsausgabe 8 | November 2025

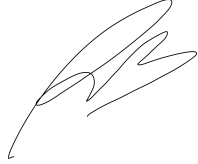


Moin,

Niedersachsen braucht Klarheit und Richtung. Als CDU-Fraktion wollen wir **Bürokratie in Zahnarztpraxen abbauen**, **Hebammen stärken**, beim **Ganztag verlässliche Strukturen** schaffen und mit einem intelligenten Stromnetz die **Energiewende mit Akzeptanz** vorantreiben.

In diesem Newsletter möchte ich Sie mitnehmen in die wichtigsten Themen des Plenums: Was wurde entschieden? Was bedeutet das für uns im Wahlkreis? Und an welchen Stellen braucht es weiter Druck, Mut und Klarheit?

Ich wünsche Ihnen viel Freude beim Lesen.



Anna Bauseneick MdL

Das war im Plenum los

## Demokratiefeinde bekämpfen, statt finanzieren



Unsere Demokratie ist stark, aber sie ist kein Selbstläufer. Wer sie angreift, stellt sich gegen unser freiheitliches Zusammenleben. Als CDU-Fraktion setzen wir uns dagegen mit zwei Gesetzinitiativen ein. Dafür fordern wir, dass kein Steuergeld an Extremisten und Antisemiten fließen darf. Und unsere Hochschulen brauchen Schutzräume, in denen freie Debatten möglich bleiben ohne Angst, Hass oder Einschüchterung.

Ich habe es so gesagt und ich meine es genau so: Unsere Demokratie ist wie ein Haus aus Backstein. Jeder einzelne Stein zählt. Und jeder muss geschützt werden. Kein Cent darf zu denen gehen, die dieses Haus angreifen. Deshalb haben wir zwei Gesetzesinitiativen eingebracht:

Im **Landeshaushaltsrecht** soll künftig gesetzlich geregelt werden, dass staatliche Fördergelder gestrichen oder zurückgefordert werden können, wenn Empfänger extremistische oder antisemitische Aktivitäten unterstützen oder selbst betreiben. So verhindern wir, dass demokratiefeindliche Organisationen öffentliche Mittel erhalten. Dies wird nun im Ausschuss beraten.

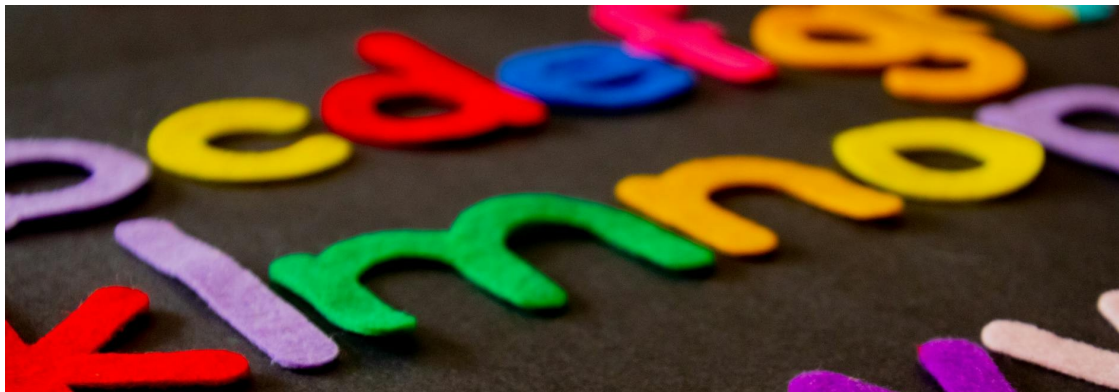
Im **Hochschulgesetz** fordern wir einen klaren Handlungsrahmen für Niedersachsens Hochschulen. Diese sollen künftig bei Vorfällen von Gewalt,

Bedrohung oder gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit konsequenter einschreiten können. Zum Beispiel durch Hausverbote, Exmatrikulationen oder Raumverbote, gestützt auf eine klare gesetzliche Grundlage. Rot-Grün hat abgelehnt.

Es geht um den Schutz der akademischen Freiheit und um die Sicherheit aller, die an unseren Hochschulen lernen, lehren oder arbeiten.

Änderung der Niedersächsischen Landeshaushaltsordnung

Änderung des Niedersächsischen Hochschulgesetzes



## Für starken Ganzttag – nicht irgendwann, sondern jetzt

In Gesprächen mit Schulleitungen, Eltern und kommunalen Vertretern auch in unserer Region wird eines immer wieder deutlich: Der geplante Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung ist ein Versprechen – aber es droht, zu einem leeren zu werden.

Ein Jahr vor dem Start fehlen noch immer verlässliche Vorgaben und eine auskömmliche Finanzierung. **390 Euro pro Kind und Schuljahr?** Das reicht nicht für qualifiziertes Personal, sinnvolle Angebote oder verlässliche Betreuung.

Ich bin überzeugt: Ganzttag ist eine große Chance – für Bildung, für Chancengleichheit und für Familien. Aber diese Chance braucht stabile Fundamente. Deshalb fordere ich: Schluss mit politischen Verzögerungen. Die Landesregierung muss jetzt handeln – nicht später.

Wir dürfen Kommunen nicht im Regen stehen lassen. Eltern brauchen Sicherheit. Kinder brauchen Förderung. Und Niedersachsen braucht Mut zur Entscheidung.

## Mehr Sicherheit an unseren Schulen!

Die Lage an unseren Schulen spitzt sich zu. Immer mehr Lehrkräfte berichten von **Gewalt, Überforderung und fehlender Unterstützung**. Dass es zwei Jahre lang keinen gültigen Erlass zur Gewaltprävention gab, ist ein politisches Versäumnis.

Der neue Erlass der Landesregierung ist ein Schritt – aber kein Durchbruch. Denn Sicherheit entsteht nicht auf dem Papier, sondern durch klare Abläufe, konsequente Reaktionen und ausreichend Personal.

Was unsere Schulen jetzt brauchen, ist echte Handlungsfähigkeit: mehr Schulsozialarbeit, verbindliche Fortbildungen und ein klarer Schutzrahmen für Lehrkräfte. Dazu haben wir als CDU konkrete **Maßnahmen** erarbeitet. Jetzt ist es an Rot-Grün, diese auch miteinzubeziehen!

Gewalt an Schulen entschlossen begegnen

## Ein intelligentes Stromnetz für Niedersachsen



Wenn wir die Energiewende erfolgreich gestalten wollen, brauchen wir **intelligente Stromnetze**, die mitdenken können. Es reicht nicht, nur mehr Strom zu erzeugen. Wir müssen ihn auch besser steuern, fair verteilen und bezahlbar halten.

Ein Smart Grid – also ein digitales, steuerbares Stromnetz – entlastet unsere Netze, stabilisiert die Preise und ermöglicht neue Modelle wie dynamische Stromtarife oder das sogenannte Energy Sharing. Genau das braucht es, um Strom dort hinzubringen, wo er gebraucht wird – auch zu Spitzenzeiten.

Damit das gelingt, müssen sogenannte Smart Meter endlich **flächendeckend** eingesetzt werden. Das sind digitale Stromzähler, die den Verbrauch in Echtzeit messen und automatisch übermitteln. Sie machen den **Stromverbrauch transparent** – und schaffen die Grundlage dafür, dass Verbraucherinnen und Verbraucher ihren Verbrauch an den Strompreis anpassen können.

Für uns als CDU ist dabei klar: Das System muss wirtschaftlich tragfähig sein. Der Smart Meter muss sich für Familien und Betriebe lohnen. Und die Betreiber vor Ort, gerade im ländlichen Raum, brauchen eine Perspektive, die ihnen Planungssicherheit gibt. Deshalb haben den folgenden Antrag eingebracht:

Smart Grid für Niedersachsen

---

## Hebammenhilfvertrag

### Dringliche Anfrage der CDU-Fraktion

Die Geburt eines Kindes ist einer der sensibelsten Momente im Leben einer Familie. Genau in diesem Moment geben Hebammen Halt, Mut und Sicherheit. Umso erschreckender ist es, wie sehr viele Hebammen-Teams aktuell **unter Druck geraten**. Auch bei uns in der Region, etwa in Winsen, Buchholz und Dannenberg.

In einer Dringlichen Anfrage haben wir als CDU-Fraktion nachgehakt. Die Antwort der Landesregierung war ernüchternd: Kündigungen nehmen zu, Versorgungsstrukturen bröckeln, und trotzdem erklärt das Ministerium, die Lage sei nicht gefährdet.

Wer jetzt wegschaut, riskiert Kreißaalschließungen. Das bedeutet längere Wege, mehr Unsicherheit und unnötige Risiken für werdende Eltern. Das darf nicht passieren.

Als CDU-Fraktion fordern wir deshalb ein klares Lagebild, **spürbare Unterstützung für Hebammen** und Gespräche mit den Vertragspartnern.

---

# Handyverbot statt Handreichung



Seit dem Sommer setzen wir uns als CDU-Fraktion dafür ein, dass unsere Schulen endlich klare und **verlässliche Regeln** erhalten. Statt einer eindeutigen Haltung zur Handynutzung präsentiert die Kultusministerin lediglich vage Empfehlungen. Damit überlässt sie die Entscheidung über ein so sensibles Thema den Schulen vor Ort und entzieht sich selbst der Verantwortung.

Ich bin überzeugt, dass Kinder und Jugendliche in der Schule einen geschützten Raum brauchen, in dem sie sich auf **das Wesentliche konzentrieren können** – auf das Lernen, das Miteinander und ihre persönliche Entwicklung. Handys stören diesen Raum. Sie lenken ab, sie bergen Risiken wie Cybermobbing oder Cybergrooming und sie erzeugen digitalen Stress.

Auch wenn unser Gesetzentwurf für ein Handyverbot bis zur 10. Klasse in diesem Plenum nicht aufgerufen wurde, bleibt das Thema aktuell – und dringend. Der Antrag liegt seit Juni vor. **Die Landesregierung ignoriert ihn.** Es gibt keine Bewegung, keine ernsthafte Auseinandersetzung, kein Verantwortungsbewusstsein für die Realität an unseren Schulen.

Medienkompetenz stärken

Gastbeitrag



## Von Birgit Butter

- Vorsitzende des Ausschusses zur Kontrolle für besondere polizeiliche Datenerhebung
- Stellv. Vorsitzende für Inneres und Sport

- seit 2022 Mitglied des Niedersächsischen Landtages

## Frauen in Angst haben keine Zeit für rot-grüne Verzögerung

Im Oktoberplenum sorgte eine überraschende Äußerung der Grünen im Landtag für Aufsehen: Auf Druck der CDU und entgegen bisheriger Planungen wolle Rot-Grün die Regelungen zur elektronischen Aufenthaltsüberwachung (EAÜ) – besser bekannt als elektronische Fußfessel – nun doch aus der umfassenden Polizeirechtsreform (NPOG – Niedersächsisches Polizei- und Ordnungsbehördengesetz) herauslösen und vorziehen. Im Innenausschuss bekräftigte Rot-Grün diese Kehrtwende und versprach eine zeitige Umsetzung.

Vollbremsung nur zwei Wochen später: Rot-Grün ist doch nicht bereit, die Regelungen zur elektronischen Fußfessel vorzuziehen! Innenministerin Behrens (SPD) ist nicht daran gelegen, die Regelung zum Schutz der Frauen vor häuslicher Gewalt schneller zu regeln.

Butter: „Wir verlieren durch die Verzögerung von Innenministerin Behrens kostbare Zeit! Im Kampf gegen häusliche Gewalt brauchen wir in Niedersachsen schnell eine gesetzliche Grundlage für die elektronische Fußfessel. Das sind wir den zahlreichen Opfern – vor allem Frauen und Kindern – schuldig. Bereits seit Januar liegt unser CDU-Gesetzentwurf auf dem Tisch und wir – und vor allem die Opfer häuslicher Gewalt – warten auf ein Handeln der Landesregierung. Jeder Tag zählt! Frauen in Angst haben keine Zeit für rot-grüne Verzögerung – wir brauchen die elektronische Fußfessel jetzt!“

Die Dringlichkeit ist offensichtlich: Niedersachsen ist trauriger Spitzenreiter bei Fällen häuslicher Gewalt. Im Jahr 2024 stieg die Zahl der registrierten Opfer um 12,3 Prozent auf 30.209 Betroffene – das bedeutet 83 Frauen jeden einzelnen Tag.

### So erreichen Sie mich

Ich möchte Sie herzlich auf das Angebot des Plenarbesuches hinweisen. Falls Sie Interesse an einem Besuch während des Plenums und einem persönlichen Gespräch mit mir haben, melden Sie sich gern unter: [info@anna-bauseneick.de](mailto:info@anna-bauseneick.de)



**Anna Bauseneick MdL**

Stadtkoppel 16, 21337 Lüneburg

This email was sent to {{ contact.EMAIL }}  
You've received this email because you've subscribed to our newsletter.

[Abbestellen](#)

